

Beschlussvorlage Nr. TA 052/2025

Ersteller: Bauverwaltung
 Az.: Katrin Klar
 Datum: 632.65
 30.10.2025

Beratungsfolge	Datum	Zweck	Status	TOP
Technischer Ausschuss	13.11.2025	Beschlussfassung	öffentlich	4.

**Antrag auf Baugenehmigung Neubau Vieh-Stallungen und Material-Lagerhalle
 Flst. 203, In der Neumatt auf Gemarkung Sitzenkirch**
Sachverhalt:

Das Baugrundstück liegt	Ja	Nein
innerhalb der örtlichen Bebauung (§ 34 BauGB) innerhalb eines besonderen Bereiches		X
innerhalb eines Bebauungsplanes (§ 30 ff BauGB) mit Veränderungssperre		X Außenbereich
Bebauungsvorschriften eingehalten		
Befreiung bez. d. Überschreitung beantragt		
Erschließung gesichert bezüglich Zufahrt	X	
Trinkwasserversorgung	X	
Abwasserbeseitigung	X	
Stellplätze gem. Satzung nachgewiesen		
Grenzabstände eingehalten	X	
Prüfbare Unterlagen vorgelegt	X	
Bauantrag im TA behandelt		
Baugenehmigung erteilt		
Im Ortschaftsrat Sitzenkirch behandelt zugestimmt		
Angrenzer Benachrichtigung		X
Einwände lagen bis zur Erstellung der Vorlage vor		X

Erläuterungen der Verwaltung zum Antrag:

Die Bauherrschaft plant auf dem Grundstück Flst. 203 den Neubau von Viehställen und einer Materiallagerhalle mit einer Gebäudeaußenlänge von 20,96 m und einer Gebäudeaußenbreite von 15,72 m. Die geplante Grundfläche beträgt ca. 300 m². Die Firsthöhe der Maschinenhalle beträgt 7,39 m. Das Dach ist als Pultdach mit einem Stahl-Trapezblech geplant. Die Konstruktion der Maschinenhalle ist als Einzel- und Streifenfundament geplant. Die Tragkonstruktion sowie die Außen- und Trennwände sollen in Beton ausführt werden.

Das Bauvorhaben beurteilt sich nach § 35 Baugesetzbuch (BauGB). Gemäß § 35 Abs. 1 BauGB sind Vorhaben im Außenbereich zulässig, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen, eine ausreichende Erschließung gesichert ist und wenn es einem land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb dient und nur einem untergeordneten Teil der Betriebsfläche einnimmt.

Die Prüfung der landwirtschaftlichen Privilegierung und des Bedarfs wird durch den Fachbereich Landwirtschaft erfolgen.

Die Prüfung der Immissionen Stall zur benachbarten Wohnbebauung erfolgt durch den Fachbereich Umwelt, Gewerbeaufsicht.

Aus planungsrechtlicher Sicht bestehen keine Bedenken.

Beschlussvorschlag:

Das Einvernehmen der Gemeinde wird gem. § 35 BauGB in Verbindung mit § 36 BauGB erteilt.